

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 53 (1974)
Heft: 5

Artikel: Ein Prozess des Umdenkens
Autor: Kreisky, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338835>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bruno Kreisky

Ein Prozess des Umdenkens

Am 25. und 26. Mai findet im Kongresshaus Luzern der Parteitag der SPÖ 1974 statt. Anlässlich dieses Kongresses wird Bundeskanzler Bruno Kreisky eine Ansprache halten. Diesem hervorragenden Vertreter des demokratischen Sozialismus ist es weitgehend zu verdanken, dass die SPÖ zu einer modernen sozialistischen Partei geworden ist. Ihr gelang anlässlich der letzten Parlamentswahlen der entscheidende Durchbruch: sie errang – in einem vorwiegend katholischen Land – die absolute Mehrheit. Freilich: den Weg zu diesem Ziel musste Bruno Kreisky hart genug erkämpfen, manchmal sogar unter Einsatz seines Lebens. So wurde er 1936 unter einem halbfaschistischen Regime wegen politischer Agitation zu einem Jahr Kerker verurteilt.

Wir grüssen diesen aufrichtigen Kämpfer für Sozialismus, Demokratie und Freiheit und geben ihm selbst das Wort: Zum Parteitag der SPÖ 1974 hat er in der sozialistischen Zeitschrift «Die Zukunft» einige Gedanken zum Prozess des Umdenkens geäußert. Sie seien im nachfolgenden – leicht gekürzt – wiedergegeben. RL

Die SPÖ ist keine sogenannte Kaderpartei und will auch keine sein. Mit ihren 700 000 Mitgliedern vereinigt sie in ihren Reihen einen wesentlichen Teil des österreichischen Volkes. Heute gehören ihr Frauen und Männer aller sozialen Schichten an. So wie sie denken und empfinden, das denkt und empfindet ein grosser Teil unseres Volkes.

In der Partei und ihren Organisationen muss daher ein ständig sich verbessernder Meinungsbildungsprozess stattfinden, müssen sich politische Ansichten artikulieren. Mitglieder der Sozialistischen Partei bekleiden in den Gemeinden, in den Ländern und im Staat herausragende Funktionen, sie gehören also zu jenen, die qualifizierte Aufgaben innerhalb der österreichischen Demokratie und ihrer Institutionen erfüllen – kontrollierende und schöpferische Aufgaben.

Die Partei und die Volksmeinung

Hier ist die Frage zu stellen, und der Parteitag wird sich um ihre Beantwortung bemühen müssen: Ist die Partei wirklich heute in der Lage –

um es einfach zu sagen – der Bundesregierung die Volksmeinung zu vermitteln? Was müsste geschehen, damit diese wichtige Funktion von ihr besser erfüllt werden kann?

Schliesslich aber ist eine Regierung nicht das willenlose Vollzugsorgan einer sich oft sehr rasch ändernden «allgemeinen Meinung», denn die öffentliche Meinung wird ja nicht nur von den Menschen allein und unbefangen gebildet. Es gibt die Massenmedien und ihre dominierende Rolle, mit ihrem Recht auf Einseitigkeit. Es muss sehr viel mehr Klarheit in der Partei selber darüber bestehen, wie diese öffentliche Meinung zustande kommt, sehr viel mehr Wissen um die «heimlichen Verführer», die manchmal hier wirken. Den kritischen Staatsbürger, den gilt es noch zu schaffen. Gewiss, es gibt ihn schon vielfach, aber als generelle Erscheinung ist er eher eine Fiktion. Es ist in der Demokratie das unveräusserliche Recht jedes einzelnen, die Regierung zu kritisieren. Aber er hat auch das Recht, alle anderen Erscheinungen der Demokratie kritisch zu betrachten. Er muss in die Lage versetzt werden zu erkennen, was geschieht hinter dem, was zu geschehen scheint. Und damit stellt sich die Frage über das Verhältnis der Sozialistischen Partei zu den Massenmedien. Kann eine Partei überhaupt zu den Massenmedien eine andere als von Einseitigkeit geprägte Haltung aufweisen? Ist mit dem Begriff der Partei nicht auch die Parteilichkeit verbunden? In der Politik gibt es eben die Parteinahme und daher die Parteien.

Die Partei und die Regierung

Oder sollte man etwa der Meinung sein, dass eine Partei des demokratischen Sozialismus sich weit weg von der Regierung, auch wenn sie eine sozialdemokratische ist, halten sollte?

Wir glauben demgegenüber, dass es die Aufgabe der Sozialistischen Partei ist, einen dialektischen Prozess bewusst herbeizuführen, indem sie einerseits der Regierung das zu vermitteln versucht, was die Menschen bewegt, ihre Meinungen, ihre gesellschaftlichen Bedürfnisse und Forderungen, andererseits aber auch die Aufgabe hat, das österreichische Volk – früher hätte man gesagt, die Massen, wir können uns mit diesem Ausdruck nicht mehr befreunden – zu informieren und zu interpretieren, was die Regierung tut, sofern es wohlgetan ist.

Wieder stellt sich die Frage: Wie kann die Sozialistische Partei diese Aufgabe erfüllen?

Wir glauben, dass die Partei allein hier nicht ausreicht. Die ganze sozialistische Bewegung muss hier eingesetzt werden, die sozialistische Fraktion im ÖGB mit ihren Tausenden Betriebsräten ebenso wie die sozialistischen Frauen, die sozialistische Jugend und alle anderen Organisationen unserer Partei. Allein die Überlegung, wie das alles am besten geschieht, die Diskussion hierüber schon wird zu starker geistiger Auseinandersetzung in der Partei führen. Damit im Zusammenhang stehen viele

Fragen: etwa, wie sollten die Mandatare der Partei ausgewählt werden, um diese Aufgabe erfüllen zu können?

Wir werden versuchen, am Parteitag dazu mehr zu sagen. Für heute nur soviel:

Eine sozialdemokratische Bewegung muss sich dadurch von allen anderen politischen Bewegungen unterscheiden, dass sie weniger als andere das Regieren nur der Regierung überlassen darf. Damit im Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Exklusivität der Regierungspartei. Ist es so, dass man sich in der modernen Demokratie wirklich nur die Regierungspartei und ihre Organisationen als Kontaktorgan zwischen Volk und Regierung vorstellen kann? Wir sprechen hier nicht vom Parlament, denn das Parlament ist primär die gesetzgebende und kontrollierende Institution der Demokratie.

Wir glauben, dass die Zeit gekommen ist, da die Sozialistische Partei wieder richtige Volksversammlungen, nicht nur Mitgliederversammlungen veranstalten muss; nicht, damit sich die Menschen von den hinreissenden Rednern der Partei wieder begeistern lassen können, sondern damit es wieder zu direkten Kontakten kommt. Die Sozialistische Partei muss es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, diesen Kontakt zwischen den Mitgliedern der Bundesregierung und dem österreichischen Volk zu vermitteln, ohne deshalb Exklusivitätsanspruch erheben zu wollen. Jeder in der Demokratie muss dieses Recht haben. Wir wissen, dass das alles das Leben der Mandatare sehr viel schwieriger macht, aber dort, wo es schon heute praktiziert wird, gibt es einen echten «fighting spirit», einen Kampfgeist in der Partei, gibt es die Freude an der Arbeit in der Bewegung und für die Bewegung.

Hier muss es Schwächen gegeben haben, denn sonst wäre es früher möglich gewesen, Entwicklungen abzuwenden, und manche personelle Umbesetzungen wären weniger schmerzvoll gewesen – für uns alle. Ich leugne nicht, dass ich immer ein Anhänger von sogenannten «primaries» gewesen bin, das heisst, dass die Wahl der öffentlichen Mandatare für alle Bereiche nach einer Nominierung durch die statutenmässig zuständigen Gremien vor der Gesamtmitgliedschaft motiviert und von ihr auch durch Vorwahlen akzeptiert werden sollte. Das wird jedenfalls die unaufhörliche Mahnung an alle Mandatare zu engstem Kontakt mit den Mitgliedern sein. Appelle an die Mitglieder verhallen ungehört dann, wenn die Parteimitglieder sich nicht mit der Partei zu identifizieren bereit sind.

Ein schöpferischer Prozess

Von diesem Parteitag und seinen Beratungen soll dieses Umdenken über die Arbeit in der Partei und der ihr angeschlossenen Organisationen ausgehen, und schon dieses Umdenken allein wird ein schöpferischer Prozess sein. Die Partei kennt in ihrer langen Geschichte immer wieder solche Prozesse des Umdenkens; die Sozialdemokratie der Monarchie musste

diesen Prozess des Umdenkens durchführen, als sich die nationalen sozialdemokratischen Parteien bildeten – die tschechische, die polnische, die italienische. Die Partei der Ersten Republik war wieder eine andere als die der Donaumonarchie, die Sozialistische Partei der Zweiten Republik wieder eine andere als die der Ersten. So muss auch die Sozialistische Partei zur Zeit der ersten sozialdemokratischen Regierung den Forderungen dieser Zeit Rechnung tragen, soll sie eine Epoche einleiten.

In der modernen Arbeiterbewegung hat man seit Karl Marx der Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge grosses Interesse gewidmet und sie sogar oft an den Anfang politischer Entscheidungsprozesse gestellt.

Psychologie, Soziologie, und hinzu kommt neuerdings die Politologie, haben in diesen letzten zwei Jahrzehnten eine neue Blütezeit, und ich bin fest davon überzeugt, dass ohne die Fülle der neuen Erkenntnisse, auch wenn sie manchmal widersprüchlich scheinen mögen, praktische Politik nur mehr sehr schwer gemacht werden kann. Dabei bin ich mir bewusst, dass auch innerhalb der Politik das Motto «Was brauch' ma des?» eine nicht zu unterschätzende negative Bedeutung hat. Hier spielen die Resentiments gegenüber Wissenschaft und den Intellektuellen noch eine gewisse Rolle. Wo die Politik die Naturwissenschaften gebraucht hat, hat sie sie letzten Endes immer wieder gefunden. Dass man eine sinnvolle Humanpolitik nicht machen kann ohne eine mehr oder weniger intensive Mitwirkung der Wissenschaft, ist auch einleuchtend, nicht so einleuchtend ist es für viele sonderbarerweise, dass die Politik sich um ein Nahverhältnis zu den Gesellschaftswissenschaften bemühen muss.

Bruno Kreisky in «Die Zukunft»